

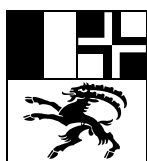
Auftrag Hardegger betreffend Revision des Gesetzes über die Förderung der familienergänzenden Kinderbetreuung im Kanton Graubünden

Im Jahr 2003 hat die Regierung das Gesetz über die Förderung der familienergänzenden Kinderbetreuung im Kanton Graubünden in Kraft gesetzt. Seither sind in allen Regionen des Kantons sukzessiv 43 Angebote entstanden, welche die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in den einzelnen Regionen massgeblich verbessert haben. Die Unterzeichnenden gehen davon aus, dass die Bedeutung der familienergänzenden Kinderbetreuung in Zukunft noch markant zunehmen wird. Angesichts der bereits heute spürbaren Auswirkungen der geburtenschwachen Jahrgänge wird es zunehmend schwieriger, genügend Arbeitskräfte rekrutieren zu können und zwar in allen Branchen. Es gibt Städte in der Schweiz, in denen sich sogar die Arbeitgeber finanziell an den Kosten der familienergänzenden Kinderbetreuung beteiligen, um einerseits Personal rekrutieren zu können und andererseits einen Standortvorteil vorweisen zu können. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass das Umfeld eines Firmenstandortes bei der Ansiedlung von Firmen von erheblicher Bedeutung ist. Fehlt in einer Region ein Grundangebot, wie z.B. Schulen, ambulante und stationäre Angebote der Gesundheitsversorgung, Kultur oder eben Angebote, welche die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern, so ist eine wirtschaftliche Stagnation absehbar. Die langfristige Folge ist eine Entvölkerung des Kantons.

Die Stossrichtung des heutigen Systems stimmt. Es werden aber aus Sicht der Leistungserbringer verschiedene Mängel ausgemacht. Das grösste Problem sind die unterschiedlichen Tarife. Diese sind gemäss Art. 7 des Gesetzes nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Erziehungsberechtigten abzustufen. Dieser Umstand führt dazu, dass in Gebieten mit gut verdienenden Menschen häufig der Höchstarif zur Anwendung gelangt, wogegen in den anderen Gebieten eher die unteren Tarifstufen zur Anwendung kommen. Die Normkosten sind in der Regel jedoch in ähnlicher Höhe. Damit ist offensichtlich, dass die Rechnung nicht aufgehen kann. Verschiedene Einrichtungen sind defizitär und der Fortbestand einer sinnvollen und notwendigen Einrichtung ist gefährdet. Mit einer Gesetzesrevision ist anzustreben, dass die Benützung einer Einrichtung der Kinderbetreuung für alle Erziehungsberechtigten finanzierbar ist. Eine gesunde Durchmischung der Einrichtungen mit Kindern aus allen Bevölkerungsschichten hat zudem einen positiven sozialen Effekt und die Chancengleichheit wird gewährleistet. Ein weiterer Mangel ist in Eruierung der Tarife für die einzelnen Erziehungsberechtigten auszumachen. Massgebend für die Berechnung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit ist das satzbestimmende steuerbare Einkommen zuzüglich zehn Prozent des satzbestimmenden steuerbaren Vermögens gemäss aktuellen Steuerdaten. Die Betreiber der Einrichtungen zur familienergänzenden Kinderbetreuung haben die Steuerfaktoren bei den Wohnortgemeinden abzuklären. Diese sind oftmals provisorisch und erfahren in der Regel im Verlaufe des Jahres noch eine Änderung. Ein überaus aufwändiger administrativer Aufwand, welcher zudem mit Unsicherheiten behaftet ist. Eine Vereinfachung der Datenerhebung ist dringend notwendig. Schlussendlich ist auch anzustreben, dass die seit 10 Jahren unveränderten Normkosten periodisch den aktuellen Gegebenheiten angepasst werden. Es bleibt der Regierung überlassen, weitere Punkte in der Gesetzesrevision zu berücksichtigen, wenn sie dazu einen Handlungsbedarf ausmacht.

Chur, 4. Dezember 2018

Hardegger, Tomaschett-Berther (Trun), Spadarotto, Aebli, Atanes, Berther, Berweger, Bettinaglio, Brandenburger, Brunold, Buchli-Mannhart, Cahenzli-Philipp, Casty, Casutt-Derungs, Cavegn, Caviezel (Chur), Clalüna, Danuser, Degiacomi, Della Cà, Deplazes (Chur), Derungs, Dürler, Ellemunter, Engler, Epp, Fasani, Felix, Flütsch, Gasser, Geisseler, Grass, Gugelmann, Hartmann-Conrad, Hitz-Rusch, Hofmann, Hohl, Holzinger-Loretz, Horrer, Jochum, Kasper, Kohler, Kunfermann, Lamprecht, Locher Benguerel, Loi, Maissen, Michael (Donat), Mittner, Müller (Susch), Müller (Felsberg), Natter, Niggli-Mathis (Grüsch), Papa, Paterlini, Perl, Pfäffli, Preisig, Rettich, Rüegg, Rutishauser, Schmid, Schneider, Schwärzel, Stiffler, Tanner, Thomann-Frank, Thöny, Thür-Suter, von Ballmoos, Waidacher, Widmer (Felsberg), Widmer-Spreiter (Chur), Wieland, Wilhelm, Zanetti (Sent), Zanetti (Landquart), Brändli Capaul, Bürgi-Büchel, Decurtins-Jermann, Gujan-Dönier, Heini



Sitzung vom

12. März 2019

Mitgeteilt den

13. März 2019

Protokoll Nr.

163

Auftrag Hardegger

betreffend Revision des Gesetzes über die Förderung
der familienergänzenden Kinderbetreuung im Kanton Graubünden

Antwort der Regierung

Seit der Einführung des Gesetzes über die Förderung der familienergänzenden Kinderbetreuung im Kanton Graubünden im Jahr 2003 wurden die Angebote in diesem Bereich stark ausgebaut. Sichtbar ist dies insbesondere an der Zunahme an betreuten Kindern von 1163 im Jahr 2004 zu 2829 Kindern im Jahr 2018. Ursache dieses Wachstums sind insbesondere gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen. Die institutionelle Kinderbetreuung hat von vielen Seiten an Zuspruch gewonnen. Sie fördert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, dient der Erwerbstätigkeit und der Verfügbarkeit von Fachkräften, trägt zu einem Anstieg an Steuereinnahmen bei, fördert die Gleichstellung zwischen Frau und Mann und gilt in der Wirtschaft heute gemeinhin als Standortvorteil. Diese Faktoren erklären die im Auftrag genannte Verbreiterung der Angebotspalette. Heute bestehen fast überall im Kanton Angebote.

Die Regierung teilt die Einschätzung der Verfasser des Auftrags. Das System der Kinderbetreuung hat sich grundsätzlich bewährt. Es zeigen sich aber auch sehr konkrete Mängel, die mit gezielten Massnahmen möglichst entschärft werden sollen. Gestützt auf den Entwicklungsschwerpunkt (ES)11/23 „Gesellschaftlicher Zusammenhalt fördern und soziale Sicherheit gewährleisten“ im Rahmen des Regierungsprogramms 2017 bis 2020 wurde die Finanzierung der familienergänzenden Kinderbetreuung überprüft. Die Ergebnisse dieser Überprüfung deuten ebenfalls darauf hin, dass das Hauptproblem der geltenden Finanzierung in der Benachteiligung von Leistungsanbietenden in Gebieten mit vielen Erziehungsberechtigten, die über ein relativ geringes Einkommen verfügen, liegt. Dieser Mangel entsteht durch die Subventionierung aller Leistungserbringenden mittels einheitlichem Beitragssatz einerseits und der Abstufung der Tarife der Erziehungsberechtigten nach deren wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit andererseits. Somit hängen die Einnahmen und der Fortbestand der Leistungserbringenden vom Einkommen und Vermögen der Erziehungsberechtigten ab. Damit die Angebote allen Familien offenstehen, ist eine gezieltere Subventionierung der Angebote zu prüfen. Berücksichtigt werden müssen dabei die finanzielle Leistungsfähigkeit der Familien aber auch der Regionen, respektive Gemeinden. Eine Massnahme dagegen ist bereits im Rahmen der Gesetzesrevisionen zur Haushaltsflexibilisierung (GrFlex) vorgesehen. Im Umfang der Nettoentlastung des Kantons in der Grössenordnung von 400 000 Franken pro Jahr durch die Aufhebung der Gesetzgebung über die Mutterschaftsbeiträge soll die familienergänzende Kinderbetreuung stärker unterstützt werden, dies ohne die Gemeinden zu zusätzlichen Beiträgen zu verpflichten. Die Regierung prüft, mit dem Beitrag gezielt Angebote zu

unterstützen, in denen Kinder von Erziehungsberechtigten aus Gemeinden mit geringer Steuerkraft pro Kopf der natürlichen Personen betreut werden.

Eine weitere Schwierigkeit besteht im hohen administrativen Aufwand der Leistungserbringenden für die Festlegung der Tarife der Erziehungsberechtigten. Ein zusätzlicher Aspekt dieses Problems ist, dass die Erziehungsberechtigten sensible Daten, wie die Steuerdaten, gegenüber privaten Leistungserbringenden offenlegen müssen. Im Zuge der Anpassungen sind auch diese Abläufe und Prozesse zu überprüfen.

Mit der Totalrevision der Verordnung über die Förderung der familienergänzenden Kinderbetreuung im Kanton Graubünden (BR 548.310) per 1. Januar 2013 wurden die Normkosten praktisch fixiert, da die Entwicklung der Normkosten seit 2006 zeigte, dass sich der Normkostensatz nur minim veränderte. Nach Art. 6 Abs. 2 dieser Verordnung orientieren sich die Normkosten an den Aufwendungen der anerkannten Anbietenden aus den Vorjahren und werden periodisch überprüft. Diese periodische Überprüfung wurde im Rahmen des ES 11/23 vorgenommen. Sie hat einen neuen Normkostensatz von Franken 9.60 pro Betreuungsstunde ergeben (bisher Franken 9.05). Die Regierung plant die Normkosten auf das Jahr 2021 anzupassen. Die Erhöhung löst zusätzliche Beiträge von Kanton und Gemeinden im Umfang von weiteren rund 400 000 Franken pro Jahr aus. Vorbehalten bleibt die Kreditbewilligung durch den Grossen Rat. Die Normkosten sollen zeitgleich mit dem geplanten Inkrafttreten der Gesetzesrevisionen im Rahmen von GrFlex erhöht werden. Die Regierung plant für diese Subventionserhöhungen beim Bund ein Gesuch um Finanzhilfen einzureichen. Im Rahmen dieser Finanzhilfen würde sich der Bund an den Subventionserhöhungen beteiligen. Die Beteiligung nimmt mit der Beitragsdauer ab und beträgt im ersten Jahr 65 %, im zweiten 35 % und im dritten 10 % der jeweiligen Subventionserhöhung. Somit profitieren die Gemeinden und der Kanton am meisten von den Bundessubventionen, wenn sämtliche Subventionserhöhungen auf dasselbe Jahr wirksam werden.

Die Regierung anerkennt aufgrund der gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Relevanz der familienergänzenden Kinderbetreuung den dringenden Handlungsbedarf in diesem Bereich. Mit den geplanten Anpassungen in Bezug auf den Normkostensatz sowie im Rahmen von GrFlex ist die Regierung bereit, unmittelbar Massnahmen zu ergreifen. Weitere Massnahmen werden im Rahmen des ES 11/23 geprüft.

Aufgrund dieser Ausführungen beantragt die Regierung dem Grossen Rat, den vorliegenden Auftrag zu überweisen.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Dr. Jon Domenic Parolini

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin

Incumbensa Hardegger concernent la revisiun da la lescha davart la promoziun da la tgira d'uffants complementara a la famiglia en il chantun Grischun

L'onn 2003 ha la regenza mess en vigur la lescha davart la promoziun da la tgira d'uffants complementara a la famiglia en il chantun Grischun. Dapi lura è vegnidas creadas successivamain 43 purschidas en tut las regiuns dal chantun che han meglierà considerablmain la cumpatibilitad da la professiun cun la famiglia en las singulas regiuns. Las sutsegnadras ed ils sutsegnaders partan dal fatg che l'impurtanza da la tgira d'uffants complementara a la famiglia vegnia anc a crescher marcantamain en l'avegnir. En vista a las consequenzas da las annadas cun paucas naschientschas ch'èn gia ussa da sentir, daventi adina pli difficil da pudair recrutar avunda forzas da lavur, e quai en tut las branschas. I dat citads en Svizra, nua che schizunt ils patruns sa participeschan finanzialmain als custs da la tgira d'uffants complementara a la famiglia, d'ina vart per pudair recrutar persunal e da l'autra vart per pudair preschentar in avantatg economic. I n'è betg da snegar ch'ils conturns d'ina sedia d'ina firma èn d'ina gronda impurtanza per domiciliar firmas. Sch'ina purschida da basa, sco p.ex. scolars, purschidas ambulantas e staziunaras dal provediment da la sanadad, cultura u apunta purschidas che promovon la cumpatibilitad da la professiun cun la famiglia, manca en ina regiun, è previsibla ina stagnaziun economica. Las consequenzas a lunga vista èn la depopulaziun dal chantun.

La direziun dal sistem odiern constat. Ma ord vista dals furniturs da prestaziuns vegnan constatadas differentas mancanzas. Il problem il pli grond èn las differentas tariffas. Quellas ston vegnir graduadas tenor l'art. 7 da la lescha tenor la capaciad economica da las persunas responsablas per l'educaziun. Pervia da quest fatg vegn savens applitgada la tariffa maximala en territoris cun persunas che gudognan bain, en ils auters territoris vegnan percunter applitgads plitgusch ils stgalims tariffars bass. Ils custs normads èn per regla però circa ils medems. Uschia èsi evident ch'il quint na po betg ir si. Differentas instituziuns èn deficitaras e l'ulteriura existenza d'ina instituziun raschunaivla e necessari è periclitada. Cun ina revisiun da la lescha stoi vegnir prendì en mira che l'utilisaziun d'ina instituziun per la tgira d'uffants sto esser finanziabla per tut las persunas responsablas per l'educaziun. Ina maschaida sauna en las instituziuns cun uffants da tut las classas da la populaziun ha ultra da quai in effect social positiv ed i vegn garantida l'egualitad da las schanzas. In'ulteriura mancanza sa mussa tar l'eruida da las tariffas per las singulas persunas responsablas per l'educaziun. Decisivs per eruir la capaciad economica da las persunas responsablas per l'educaziun èn las entradas suttamessas a la taglia ch'èn decisivas per fixar la tariffa plus 10 pertschient da la facultad suttamessa a la taglia ch'è decisiva per fixar la tariffa tenor las datas fiscalas actualas. Ils gestiunaris da las instituziuns per la tgira d'uffants complementara a la famiglia ston sclerir ils facturs fiscals tar las vischnancas da domicil. Quels èn savens provisorics e vegnan per regla anc midads en il decurs da l'onn. Quai è ina fitg gronda lavur administrativa ch'è ultra da quai plain malsegirezzas. Ina simplificaziun da l'eruida da datas è urgentamain necessaria. La finala stoi er vegnir prendì en mira ch'ils custs normads che n'èn dapi 10 onns betg vegnids midads, vegnian adattads periodicamain a las relaziuns actualas. Igl è surlaschè a la regenza da resguardar ulteriurs puncts en la revisiun da la lescha, sch'ella vesa in basegn d'agir en chaussa.

Cuira, ils 4 da december 2018

Hardegger, Tomaschett-Berther (Trun), Spadarotto, Aebli, Atanes, Berther, Berweger, Bettinaglio, Brandenburger, Brunold, Buchli-Mannhart, Cahenzli-Philipp, Casty, Casutt-Derungs, Cavegn, Caviezel (Cuira), Clalüna, Danuser, Degiacomi, Della Cà, Deplazes (Cuira), Derungs, Dürler, Ellemunter, Engler, Epp, Fasani, Felix, Flütsch, Gasser, Geisseler, Grass, Gugelmann, Hartmann-Conrad, Hitz-Rusch, Hofmann, Hohl, Holzinger-Loretz, Horrer, Jochum, Kasper, Kohler, Kunfermann, Lamprecht, Locher Benguerel, Loi, Maissen, Michael (Donat), Mittner, Müller (Susch), Müller (Favugn), Natter, Niggli-Mathis (Grüsch), Papa, Paterlini, Perl, Pfäffli, Preisig, Rettich, Rüegg, Rutishauser, Schmid, Schneider, Schwärzel, Stiffler, Tanner, Thomann-Frank, Thöny, Thür-Suter, von Ballmoos, Waidacher, Widmer (Favugn), Widmer-Spreiter (Cuira), Wieland, Wilhelm, Zanetti (Sent), Zanetti (Landquart), Brändli Capaul, Bürgi-Büchel, Decurtins-Jermann, Gujan-Dönier, Heini



Sesida dals

Communitgà ils

Protocol nr.

12 da mars 2019

13 da mars 2019

163

Incumbensa Hardegger

concernent la revisiun da la lescha davart la promoziun da la tgira d'uffants
cumplementara a la famiglia en il chantun Grischun

Resposta da la regenza

Dapi l'introducziun da la lescha davart la promoziun da la tgira d'uffants cumplementara a la famiglia en il chantun Grischun l'onn 2003 èn las purschidas vegnidas extendidas fermamain en quest sector. Percurschibel è quai en spezial vi da l'augment dals uffants tgirads da 1163 l'onn 2004 a 2829 l'onn 2018. Ils motivs da questa creschientscha èn en spezial svilups socials ed economic. La tgira d'uffants instituziunala ha survegnì sustegn da bieras varts. Ella promova la cumpatibilitad da la professiun cun la famiglia, serva a l'activitad da gudogn ed a la disponibladad da personas qualifitgadas, contribuescha a l'augment da las entradas fiscalas, promova l'egualitad tranter dunna ed um e vala en l'economia en general sco avantatg dal lieu. Quests factors decleran l'extensiun da la paletta da purschidas menziunada en l'incumbensa. Oz datti purschidas quasi dapertut en il Grischun.

La regenza parta la valitaziun dals redactors da l'incumbensa. Il sistem da la tgira d'uffants è sa cumprovà da princip. Ma i sa mussan er mancanzas fitg concretas che duain vegnir mitigiadadas sche pussaivel cun cleras mesiras. Sa basond sin il punct central da svilup (PS) 11/23 "Promover la coesiun sociala e garantir la segirezza sociala" en il rom dal program da la regenza 2017 fin 2020 è vegnida controllada la finanziaziun da la tgira d'uffants complementara a la famiglia. Ils resultats da questa examinaziun mussan er ch'il problem principal da la finanziaziun vertenta è il dischavantaggiament da purschiders da prestaziuns en territoris cun bieras personas responsablas per l'educaziun che han entradas relativamain pitschnas. Questa mancanza resulta dal subvenziunament da tut ils furniturs da prestaziuns cun ina tariffa da contribuziun unitara d'ina vart e da la graduaziun da las tariffas da las personas responsablas per l'educaziun tenor lur capaciad economica da l'autra vart. Uschia dependan las entradas e la survivenza dals furniturs da prestaziuns da las entradas e da la facultad da las personas responsablas per l'educaziun. Per che tut las famiglias possian profitar da las purschidas, sto vegnir examinà in subvenziunament pli intenziunà. I ston vegnir resguardadas en quest connex la capaciad finanziaza da las famiglias, ma er da las regiuns resp. vischnancas. Ina mesira cunter quai è gia prevista en il rom da las revisiuns da leschas concernent la flexibilisaziun da las finanzas (GrFlex). En la dimensiun da la distgargia netta dal chantun da var 400 000 francs per onn grazia a l'aboliziun da la legislaziun davart las contribuziuns da maternitad duai la tgira d'uffants complementara a la famiglia vegnir sustegnida pli fitg, e quai senza obligar las vischnancas da pajar contribuziuns supplementaras. La regenza examinescha da sustegnair cun la contribuziun sistematicamain purschidas,

cun las qualas vegnan tgirads uffants da personas responsablas per l'educaziun che derivan da vischnancas cun ina pitschna forza fiscala per persuna natirala.

In'ulteriura difficultad è la gronda lavur administrativa dals furniturs da prestaziuns per fixar las tariffas da las personas responsablas per l'educaziun. In aspect supplementar da quest problem è il fatg che las personas responsablas per l'educaziun ston preschentar datas sensibilas sco las datas fiscalas envers furniturs da prestaziuns privats. En il rom da las adattaziuns ston er quests process vegnir examinads.

Cun la revisiun totala da l'ordinaziun davart la promoziun da la tgira d'uffants complementara a la famiglia en il chantun Grischun (DG 548.310) dal 1. da schaner 2013 èn ils custs normads praticamain vegnids fixads, perquai ch'il svilup dals custs normads dapi l'onn 2006 ha mussà che la tariffa dals custs normads è sa midada mo minimalmain. Tenor l'art. 6 al. 2 da questa ordinaziun s'orienteschan ils custs normads a las expensas dals onns precedents dals furniturs reconuschids. Quests custs vegnan controllads periodicamain. Questa controlla periodica è vegnida fatga en il rom dal PS 11/23. Da quella è resultada ina tariffa dals custs normads da 9.60 francs per ura da tgira (fin ussa 9.05 francs). La regenza planisescha d'adattar ils custs normads per l'onn 2021. L'augment deliberescha contribuziuns supplementaras dal chantun e da las vischnancas en la dimensiun d'ulteriurs 400 000 francs per onn. Resalvada resta la concessiun dal credit tras il cussegl grond. Ils custs normads duain vegnir augmentads il medem mument sco l'entrada en vigur da las revisiuns da leschas en il rom da GrFlex. Per quests augments da las subvenziuns planisescha la regenza d'inoltrar a la confederaziun ina dumonda per agids finansials. En il rom da quests agids finansials sa participass la confederaziun als augments da las subvenziuns. La participaziun sa reducescha cun la durada da la contribuziun ed importa l'emprim onn 65 %, il segund onn 35 % ed il terz onn 10 % da l'augment respectiv da las subvenziuns. Pia profitan las vischnancas ed il chantun il pli fitg da las subvenziuns federalas, sche tut ils augments da las subvenziuns entran en vigur il medem onn.

Pervia da la relevanza social-politica ed economic-politica da la tgira d'uffants complementara a la famiglia reconuscha la regenza il basegn d'agir urgent en quest sector. Cun las adattaziuns planisadas concernent la tariffa dals custs normads sco er en il rom da GrFlex è la regenza pronta da prender mesiras directas. Ulteriuras mesiras vegnan examinadas en il rom dal PS 11/23.

Sa basond sin questas consideraziuns propona la regenza al cussegl grond d'acceptar questa incumbensa.



En num da la Regenza

Il president:

Il chancelier:

Dr. Jon Domenic Parolini

Daniel Spadin

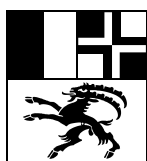
Incarico Hardegger concernente la revisione della legge sulla promozione dell'assistenza ai bambini complementare alla famiglia nel Cantone dei Grigioni

Nel 2003 il Governo ha posto in vigore la legge sulla promozione dell'assistenza ai bambini complementare alla famiglia nel Cantone dei Grigioni. Da allora, in tutte le regioni del Cantone sono sorte gradualmente 43 offerte che hanno migliorato sensibilmente la conciliabilità tra famiglia e lavoro nelle singole regioni. Le firmatarie e i firmatari ritengono che in futuro l'importanza dell'assistenza ai bambini complementare alla famiglia crescerà ancora in misura notevole. In considerazione degli effetti già oggi tangibili degli anni con basso tasso di natalità, in tutti i rami diventerà sempre più difficile reclutare un numero sufficiente di lavoratori. In Svizzera esistono città nelle quali addirittura i datori di lavoro partecipano finanziariamente ai costi dell'assistenza ai bambini complementare alla famiglia, da un lato per poter reclutare personale e d'altro lato per poter presentare un vantaggio d'ubicazione. È evidente che il contesto generale in cui è inserita un'area destinata ad aziende è di considerevole importanza per l'insediamento di ditte. Se in una regione manca un'offerta di base, come ad esempio scuole, offerte ambulatoriali e stazionarie di assistenza sanitaria, offerte culturali o appunto offerte che favoriscono la conciliabilità tra famiglia e lavoro, si delinea una stagnazione economica. La conseguenza a lungo termine è uno spopolamento del Cantone.

L'orientamento del sistema attuale è corretto. I fornitori di prestazioni individuano tuttavia diverse lacune. Il problema maggiore è rappresentato dalle differenti tariffe. Conformemente all'art. 7 della legge devono essere graduate secondo la capacità economica delle persone che esercitano l'autorità parentale. Tale circostanza fa sì che nelle aree in cui vivono persone che guadagnano bene viene sovente applicata la tariffa massima, mentre nelle altre zone vengono applicati tendenzialmente i livelli di tariffa inferiori. I costi standard si attestano tuttavia di norma a un livello simile. Risulta evidente che i conti non possono tornare. Diverse strutture sono deficitarie e la continuità di una struttura opportuna e necessaria è a rischio. Mediante una revisione legislativa si deve mirare a fare in modo che l'utilizzo di una struttura di assistenza ai bambini risulti finanziabile per tutti coloro che esercitano l'autorità parentale. Un sano mescolamento all'interno delle strutture di bambini provenienti da tutti gli strati sociali esplica inoltre un effetto sociale positivo e garantisce le pari opportunità. Un'ulteriore lacuna si rileva nella determinazione delle tariffe per le singole persone che esercitano l'autorità parentale. Per il calcolo della capacità economica è decisivo il reddito computabile determinante l'aliquota più il dieci per cento della sostanza computabile determinante l'aliquota secondo dati fiscali attuali. I gestori delle strutture di assistenza ai bambini complementare alla famiglia devono accertare i fattori fiscali presso i comuni di domicilio. Questi fattori sono sovente provvisori e di norma vengono modificati nel corso dell'anno. Si tratta di un onere amministrativo estremamente elevato, associato inoltre a incertezze. È urgentemente necessaria una semplificazione del rilevamento dei dati. Infine è anche auspicabile che i costi standard, invariati da 10 anni, vengano adeguati periodicamente alla situazione attuale. Al Governo viene lasciata la competenza di tenere conto di altri punti nella revisione legislativa, qualora dovesse rilevare una corrispondente necessità di agire.

Coira, 4 dicembre 2018

Hardegger, Tomaschett-Berther (Trun), Spadarotto, Aebli, Atanes, Berther, Berweger, Bettinaglio, Brandenburger, Brunold, Buchli-Mannhart, Cahenzli-Philipp, Casty, Casutt-Derungs, Cavegn, Caviezel (Coira), Clalüna, Danuser, Degiacomi, Della Cà, Deplazes (Coira), Derungs, Dürler, Ellemunter, Engler, Epp, Fasani, Felix, Flütsch, Gasser, Geisseler, Grass, Gugelmann, Hartmann-Conrad, Hitz-Rusch, Hofmann, Hohl, Holzinger-Loretz, Horrer, Jochum, Kasper, Kohler, Kunfermann, Lamprecht, Locher Benguerel, Loi, Maissen, Michael (Donat), Mittner, Müller (Susch), Müller (Felsberg), Natter, Niggli-Mathis (Grüsch), Papa, Paterlini, Perl, Pfäffli, Preisig, Rettich, Rüegg, Rutishauser, Schmid, Schneider, Schwärzel, Stiffler, Tanner, Thomann-Frank, Thöny, Thür-Suter, von Ballmoos, Waidacher, Widmer (Felsberg), Widmer-Spreiter (Coira), Wieland, Wilhelm, Zanetti (Sent), Zanetti (Landquart), Brändli Capaul, Bürgi-Büchel, Decurtins-Jermann, Gujan-Dönier, Heini



Seduta del

12 marzo 2019

Comunicata il

13 marzo 2019

Protocollo n.

163

Incarico Hardegger

concernente la revisione della legge sulla promozione dell'assistenza ai bambini complementare alla famiglia nel Cantone dei Grigioni

Risposta del Governo

Da quando nel 2003 è stata introdotta la legge sulla promozione dell'assistenza ai bambini complementare alla famiglia nel Cantone dei Grigioni, le offerte in questo settore sono state ampliate in misura importante. Ciò trova espressione in particolare nell'aumento dei bambini che hanno ricevuto assistenza, passati da 1163 nel 2004 a 2829 nel 2018. Questo aumento è dovuto in particolare a sviluppi sociali ed economici. L'assistenza istituzionale ai bambini ha conquistato il favore di varie cerchie. Essa favorisce la conciliabilità di famiglia e professione, è utile per chi svolge un'attività lucrativa e per garantire la disponibilità di lavoratori specializzati, contribuisce a incrementare le entrate fiscali, favorisce l'uguaglianza tra donna e uomo e negli ambienti economici è oggi generalmente considerata come vantaggio d'ubicazione. Questi fattori spiegano l'ampliamento della gamma di offerte cui si fa cenno nell'incarico. Oggi esistono offerte quasi ovunque nel Cantone.

Il Governo condivide la valutazione dell'estensore dell'incarico. Il sistema dell'assistenza ai bambini si è sostanzialmente dimostrato valido. Si evidenziano però anche lacune molto concrete che andrebbero per quanto possibile attenuate mediante misure mirate. Nel quadro del programma di Governo 2017-2020, il finanziamento dell'assistenza ai bambini complementare alla famiglia è stato sottoposto a verifica sulla base del punto centrale di sviluppo (PCSv) 11/23 "Favorire la coesione sociale e garantire la sicurezza sociale". Anche i risultati di questa verifica indicano che il problema principale del finanziamento vigente consiste nella penalizzazione di offerenti attivi in zone in cui vivono molti detentori dell'autorità parentale che dispongono di un reddito relativamente basso. Questa lacuna nasce da un lato dal sovvenzionamento di tutti i fornitori di prestazioni mediante un'aliquota di sussidio uniforme e d'altro lato dalla graduazione delle tariffe pagate dai detentori dell'autorità parentale in base alla loro capacità economica. In questo modo le entrate e la sussistenza dei fornitori di prestazioni dipendono dal reddito e dalla sostanza dei detentori dell'autorità parentale. Affinché le offerte siano accessibili a tutte le famiglie, dovrà essere presa in esame la possibilità di un sovvenzionamento più mirato delle offerte. Dovranno essere tenute in considerazione la capacità finanziaria delle famiglie, ma anche delle regioni e dei comuni. Una misura in tal senso è già prevista nel quadro delle revisioni legislative per la flessibilizzazione del bilancio (GrFlex). È previsto che l'assistenza ai bambini complementare alla famiglia benefici di un maggiore sostegno pari allo sgravio netto del Cantone nell'ordine di grandezza di 400 000 franchi all'anno risultante dall'abrogazione della legislazione sugli assegni maternità, ciò senza che i comuni siano obbligati a versare sussidi supplementari. Il Governo sta esaminando la possibilità di fornire sostegno in modo più mirato attraverso il sussidio a offerte le quali of-

frono assistenza a bambini di detentori dell'autorità parentale provenienti da comuni nei quali la capacità contributiva pro capite delle persone fisiche è scarsa.

Un'altra difficoltà è costituita dall'elevato onere amministrativo a carico dei fornitori di prestazioni per determinare le tariffe per i detentori dell'autorità parentale. Un ulteriore aspetto di questo problema è rappresentato dal fatto che i detentori dell'autorità parentale devono fornire dati sensibili, come i dati fiscali, ai fornitori di prestazioni privati. Nel quadro degli adeguamenti dovranno essere sottoposti a verifica anche questi processi e procedure.

Con la revisione totale dell'ordinanza sulla promozione dell'assistenza ai bambini complementare alla famiglia nel Cantone dei Grigioni (CSC 548.310) entrata in vigore il 1° gennaio 2013, i costi standard sono praticamente stati resi fissi, dato che l'evoluzione dei costi standard dal 2006 ha mostrato solo una variazione minima dell'aliquota dei costi standard. Secondo l'art. 6 cpv. 2 di questa ordinanza, i costi standard si orientano alle spese sostenute dagli offerenti riconosciuti negli anni precedenti e vengono riesaminati periodicamente. Questo riesame periodico è stato svolto nel quadro del PCSv 11/23. Ne è risultata un'aliquota dei costi standard pari a 9.60 franchi per ora di assistenza (finora 9.05). Il Governo ha intenzione di adeguare i costi standard con effetto al 2021. L'aumento sbloccherà sussidi supplementari da parte di Cantone e comuni pari a circa 400 000 franchi all'anno. È fatta salva l'autorizzazione del credito da parte del Gran Consiglio. È previsto che i costi standard vengano aumentati contemporaneamente alla prevista entrata in vigore delle revisioni legislative nel quadro di GrFlex. Il Governo ha intenzione di presentare alla Confederazione una domanda di aiuti finanziari a seguito di questi aumenti delle sovvenzioni. La Confederazione parteciperebbe agli aumenti delle sovvenzioni nel quadro di questi aiuti finanziari. La partecipazione cala con la durata di sussidio e ammonta nel primo anno al 65 %, nel secondo anno al 35 % e nel terzo anno al 10 % del rispettivo aumento delle sovvenzioni. Di conseguenza, comuni e Cantone traggono il beneficio massimo dalle sovvenzioni federali se tutti gli aumenti di sovvenzioni divengono effettivi nello stesso anno.

In considerazione della rilevanza sociale e di politica economica dell'assistenza ai bambini complementare alla famiglia, il Governo riconosce l'urgenza della necessità di agire in questo settore. Con i previsti adeguamenti in relazione all'aliquota dei costi standard nonché nel quadro di GrFlex, il Governo è disposto ad adottare immediatamente delle misure. Ulteriori misure saranno esaminate nel quadro del PCSv 11/23.

In base a quanto esposto, il Governo chiede al Gran Consiglio di accogliere il presente incarico.



In nome del Governo

Il Presidente:

Dr. Jon Domenic Parolini

Il Cancelliere:

Daniel Spadin